

## Die Stadtverordnetenversammlung - Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung -

## Tagesordnung 1 Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 10.11.2004

Vorlage Nr. 04-F-02-0070

HGO-Novelle - Kommunales Wirtschaftsrecht - Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.10.2004 -

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten

- 1. welche wirtschaftliche Betätigungen die Landeshauptstadt Wiesbaden auch in Zukunft wahrnehmen wird, weil für diese ein öffentliches Interesse besteht und sie in einem angemessenen Verhältnis zu unserer Leistungskraft stehen;
- 2. welche wirtschaftlichen Betätigungen der Landeshauptstadt Wiesbaden der Magistrat dahingehend überprüfen wird, ob nicht ein privater Dritter die Aufgabe in (mindestens) gleich guter Weise erfüllen kann;
- 3. für welche wirtschaftliche Betätigungen der Landeshauptstadt Wiesbaden der Magistrat voraussichtlich den Bestandsschutz in Anspruch nehmen wird.

## Beschluss Nr. 0445

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2004

Winkelmann Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin Wiesbaden, .11.2004

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat Wiesbaden, .11.2004

- 16 -

Dezernat III mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl Oberbürgermeister